57. Jahrgang. № 282. Sonnabend, 12. Oktober 1912.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,00 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/21 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 15 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 50 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einspaltige Grundzeile 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden. Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

In Samt und Seiden-Bändern en gros en detail enorme Auswahl! Seidenhaus Carl Schneider Altmarkt 8.

Grösstes Lager in Beleuchtungs-Gegenständen Ebeling & Croener Bankstrasse 11.

Hüte jeder Art Buchholz 21 nur Wettinerstr.

Die Feuerwehr in Tätigkeit! Ueberaus humorvolle Ausstellung im Schaufenster des Spielwarenhauses B. A. Müller, Königl. Sächs. Hoflieferant, Prager Str. 32/34.

Vernickeln, Versilbern, Vergolden, Vermessingen, Verkupfern etc. aller Metallgegenstände Dresdner Vernickelungs-Anstalt OTTO BÜTTNER, Falkenstrasse No. 1—3, Hofgebäude. — Telephon No. 7359.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Keine Witterungsänderung.

Die sächsischen Handelskammern, die gleich den Gewerbekammern 1862 ins Leben gerufen wurden, werden ihr Jubiläum Ende November in Dresden begehen.

Reichstagspräsident Kaempf entschloß sich, sein Mandat niederzulegen.

Der frühere Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Nieberding ist nach längerem Leiden in Berlin gestorben.

Die Nachrichten über die vorzeitige Einberufung des Reichstags werden von unterrichteter Seite dementiert.

Die Plenarsitzung der ungarischen Delegation nahm nach kurzer Debatte in Rücksicht auf die politische Lage das Heeresbudget an.

Der serbische Kronprinz Alexander ist nach einer Londoner Meldung mit einem Teile des Generalstabes nach der Grenze abgereist. Die serbische und bulgarische Kriegserklärung soll nach einer Belgrader Meldung unmittelbar bevorstehen.

Der griechische Kronprinz ist zum Oberbefehlshaber der Armee ernannt worden.

Die französischen Radikalen und Sozialistisch-Radikalen haben sich gegen den von der Kammer angenommenen Wahlreformentwurf der Regierung ausgesprochen.

Der Fall des „Genossen" Hildebrand

hat die in der Sozialdemokratie herrschende „Freiheit der Meinungsäußerung" wieder einmal grell beleuchtet. Hildebrand ist bekanntlich durch das Scherbengericht des Chemnitzer Parteitages aus der Umsturzpartei ausgeschlossen worden, weil er seine theoretischen grundsätzlichen Anschauungen über gewisse politische, wirtschaftliche und soziale Fragen vom reinen Standpunkte der „freien Forschung" aus öffentlich bekundet und sich dadurch in manchen Punkten in Widerspruch mit der offiziellen Parteischablone gesetzt hat. Der rasende Beifall, mit dem die radikalen „Genossen" in Chemnitz die Erklärung des Ausschlusses Hildebrands begleiteten, bewies, wie sehr die Maßregelung des revisionistischen Ketzers dem „zielbewußten" Empfinden seiner Gegner entsprach. Inzwischen haben sich nun die Revisionisten darauf besonnen, daß sie einen solchen Faustschlag ins Gesicht unmöglich auf sich sitzen lassen können, ohne durch irgendeinen nachdrücklichen Widerstand urbi et orbi kundzutun, daß sie auch noch da sind und nicht daran denken, sich so einfach mir nichts dir nichts von den Radikalen auf den Sand setzen zu lassen. Einmal haben die württembergischen „Genossen", um die Radikalen gründlich zu ärgern, beim Schlusse des Landtages ostentativ Mann für Mann in das Hoch auf den König eingestimmt, und der Fraktionsvorsitzende Hildenbrandt — nicht zu verwechseln mit seinem ungefähren Namensgenossen, den die Parteiflugmaschine an die Luft befördert hat — saß beim Festmahle in angeregter Unterhaltung neben dem Kriegsminister, was für zielbewußte „Genossen"-Augen jedenfalls ein äußerst aufreizendes und empörends Bild darstellt. Diesen Nadelstichen ist dann aber noch eine ernsthaftere Aktion in Gestalt eines Protestes gefolgt, den eine große Anzahl Revisionisten — an die 125 — gegen den Ausschluß Hildebrands vom Stapel gelassen haben, und worin sie die Erwartung aussprechen, daß der nächste Parteitag die Maßregel rückgängig machen werde. Der bekannte „Genosse" Bernstein, der ebenfalls bereits mehrfach wegen programmwidriger Abschweifungen die Klopfpeitsche des Parteivorstandes zu kosten bekommen, aber mit der näheren Einrichtung der Parteiflugmaschine bisher noch keine Bekanntschaft gemacht hat, tat noch ein übriges, indem er dem Protest die besondere Bemerkung hinzufügte, daß „der Ausschließungsbeschluß keinen wissenschaftlich arbeitenden Genossen veranlassen werde, im Forschen nach dem, was ist, zu erlahmen und im Bekennen des für richtig Erkannten zu ermatten".

Das ist offenbarer, augenfälliger, scharfer Trutz gegen den Parteivorstand und den gesamten Radikalismus in der Partei, eine förmliche revisionistische Revolte, deren Eindruck noch verstärkt wird durch die Tatsache, daß sogar der temperamentvollste und rücksichtsloseste Vorkämpfer der „Zielbewußten", Franz Mehring, als Protektor vor die rebellierenden Revisionisten tritt und sie mit dem Schilde seiner vielgewandten Stilistik deckt. Mehring mißbilligt rückhaltlos die Unduldsamkeit, deren der Parteitag unter dem Drucke des radikalen Parteivorstands sich gegen Hildebrand schuldig gemacht habe, und beruft sich auf seine Eigenschaft als „orthodoxer Marxist", um der Behauptung, daß Marx und Engels einen derartigen Beschluß aufs schärfste verurteilt haben würden, gehörigen Nachdruck zu geben. Dabei erinnert Mehring daran, daß Marx und Engels die Parteitätigkeit Lassalles noch viel schlimmer bewertet hätten, als der jetzige Radikalismus diejenige Hildebrands. Lassalle wurde von den damaligen Parteipäpsten direkt des frivolen Kokettierens mit dem Absolutismus und Feudalismus bezichtigt, und doch dachte weder Marx noch Engels jemals daran, ihn aus der Partei hinauszubugsieren. Mehring charakterisiert das Verhalten der radikalen Mehrheit im Falle Hildebrand als beschränkte „Feldwebeltaktik", und resumiert sich dahin, daß es genügt hätte, einfach zu erklären, Hildebrand sei ungeeignet, als Interpret und Wortführer der deutschen Sozialdemokratie aufzutreten.

Natürlich können die radikalen Häupter der Partei des Umsturzes nicht ruhig in ihrem Zeltlager verbleiben, wenn der streitbare Mehring als Rufer im Streite zugunsten der Revisionisten in die Schranken tritt. So haben denn sowohl Bebel wie Kautsky die Rüstung angelegt und sind gewappnet auf dem Plane erschienen. Der alte Bebel hat an einen süddeutschen „Genossen" einen Brief gerichtet, worin er erklärt: „Hätte ich den Verhandlungen über den Fall Hildebrand beiwohnen können, so hätte ich für den Ausschluß gesprochen und gestimmt. Grund: Der Mann gehört nach seinem ganzen Ideenkreis und seiner Auffassung unserer Zustände nicht in die Sozialdemokratie. Die Partei ist kein Sammelbecken für Eingänger und Utopisten." Man denke: „Genosse" Hildebrand entwickelt ganz praktische und vernünftige Ansichten und wird dafür von Bebel als „Utopist" gebrandmarkt. Was ist denn nun aber Herr Bebel selbst, der für den Zukunftsstaat" schwärmt? Ist das etwa keine „Utopie"? Ist Bebel kurz und bündig, so geht Kautsky bei seiner Abkanzelung Mehrings stark in die Länge und Breite, ohne aber irgendetwas wirklich Pointiertes vorzubringen. Die ganzen Ausführungen erschöpfen sich in einer persönlichen Polemik gegen Mehring, die darin gipfelt, daß Mehring vorgeworfen wird, er schreibe in parteipolitischer Hinsicht langweilige Leitartikel über hundert Jahre alte Vorkommnisse und beziehe dafür nach wie vor das gleiche Jahresgehalt. Inwiefern die angebliche Mehringsche Vorliebe für altertümliche Leitartikelthemata mit dem Falle Hildebrand zusammenhängt, ist nicht ersichtlich.

Der schließliche Ausgang dieses Streites ist eine Machtfrage, die durch die revisionistische Berufung auf das Recht der freien Forschung und Meinungsäußerung und auf die Duldsamkeit als demokratisches Prinzip nur verschleiert wird. Wer die Herren von der radikalen Observanz auch nur oberflächlich kennt, weiß ganz genau, daß die Duldsamkeit nur eine angebliche demokratische Tugend ist, aber in Wirklichkeit bei den extremen Elementen nicht geübt wird. Der Radikalismus, einerlei ob bürgerlichen oder sozialrevolutionären Charakters, will in erster Linie herrschen und verlangt zu dem Zwecke von anderen Richtungen gegen sich die äußerste Nachgiebigkeit, während er selbst unnachsichtlich die Knute schwingt und gegen den politischen Gegner keinerlei Nachsicht kennt. Ein angesehenes fortschrittliches Blatt in Breslau hat dieser Tage den immerhin anerkennenswerten moralischen Mut gehabt, dies offen auszusprechen mit den Worten, daß die Demokratie grundsätzlich intolerant sein müsse. So ist denn auch zehn gegen eins zu wetten, daß die sozialdemokratischen Revisionisten, wenn sie im Besitze der Macht wären und von den Radikalen darin bedroht würden, mit genau derselben Rücksichtslosigkeit gegen letztere vorgehen würden, wie es jetzt umgekehrt der Fall ist. Welche von den beiden Gruppen in der Sozialdemokratie in diesem Kampfe um die Vorherrschaft am Ende die Oberhand behält, das zu beobachten wird auch für die bürgerlichen Kreise von Interesse sein. Sollte es den Revisionisten tatsächlich gelingen, mit ihren Bemühungen zur Herbeiführung einer anderweitigen Parteitagsentscheidung im Falle Hildebrand durchzudringen, so wäre ein solcher Erfolg gleichbedeutend mit einer zweifellosen eklatanten Niederlage der bisher vorherrschenden radikalen Richtung. Für das Machtbewußtsein der Revisionisten ist es auf alle Fälle sehr bezeichnend, daß sie so rücksichtslos den Radikalen den Fehdehandschuh hinwerfen.

Der Krieg auf dem Balkan.

In der österreichischen Delegation

hob bei Einbringung der außerordentlichen Kredite für das Heer und die Kriegsmarine der Finanzminister Ritter v. Bilinski hervor: Es handle sich durchaus nicht um einen Mobilisierungskredit. Wenn schon die Art und Verteilung der Anforderungen einer solchen Annahme widersprächen, so wolle er noch insbesondere bekräftigen, daß zu einem derartigen Schritte keinerlei Anlaß vorliege und daß die Monarchie nach wie vor an ihrer bisherigen friedlichen Politik festzuhalten gewillt sei. In der unerfreulichen Wendung aber, welche die Dinge auf dem Balkan in letzter Zeit genommen hätten, liege die ernste Mahnung, die Ausgestaltung der Wehrmacht zu vervollkommnen. Die heute gestellten Forderungen beträfen nichts Neues und seien zu wiederholten Malen, zuletzt im Sommer dieses Jahres, im Schoße der gemeinsamen Ministerkonferenz geltend gemacht worden. Der Minister betonte die unbestreitbare sachliche Notwendigkeit der Anforderungen und erklärte: Wenn die gemeinsame Regierung mit diesen Forderungen in einer der finanziellen Leistungsfähigkeit der beiden Staaten der Monarchie angepaßten Art in einem Zeitpunkte vor die Delegation tritt, wo in unserer unmittelbaren Nachbarschaft auf dem Balkan die Flammen des Krieges so leicht auflodern können, so leitet sie hierbei der Gedanke, daß wir in der Lage sein müssen, wenn einmal die Balkanfrage zur endgültigen Entscheidung gelangt, unsere Stimme vollwertig in die Wagschale legen zu können. Dieser Schritt ist von der Absicht eingegeben, uns die Möglichkeit zu sichern, die Interessen Oesterreich-Ungarns kraftvoll zu wahren und Hand in Hand mit unseren Verbündeten und im Verein mit den übrigen uns befreundeten Großmächten die Friedensmission der Monarchie wirksam erfüllen zu können.

In der ungarischen Delegation

gab der Minister des Aeußeren Graf Berchtold eine im wesentlichen übereinstimmende Erklärung ab, wie der Finanzminister in der österreichischen Delegation, die mit Beifall und Zustimmung aufgenommen wurde.

Die bulgarische Erklärung.

Das Sofioter Morgenblatt veröffentlicht die Erklärung, die die bulgarischen Gesandten bei den Mächten abzugeben beauftragt sind. Die Türkei habe schon viel Reformen versprochen und nicht gehalten. Die Kosten der Mobilisation seien derartig, daß man sich nicht mehr mit dem bloßen Versprechen einiger Reformen begnügen könne, zumal deren Durchführung nicht genügend garantiert sei. Daher könne die Demobilisation nicht erfolgen. Bulgarien werde im Verein mit den anderen christlichen Balkanstaaten für Mazedonien und die christliche Bevölkerung des Orients bessere Existenzbedingungen zu erlangen suchen.

Die serbische und die bulgarische Kriegserklärung

sollen nach einer Belgrader Meldung unmittelbar bevorstehen.

Der griechische Kronprinz Oberbefehlshaber.

In Athen wurde das Königliche Dekret über die Ernennung des Kronprinzen zum Oberbefehlshaber der Armee unterschrieben. Der Kronprinz wird sich zusammen mit dem Generalstabschef Danglis nach Thessalien begeben. Die Gerüchte von einem Kampfe an der griechisch-türkischen Grenze werden vom Kriegsminister dementiert.

Der griechische Vormarsch.

Der „Newyork Herald" läßt sich aus Athen melden, die Spitzen der Vorhut der griechischen Armee hätten bereits die türkische Grenze überschritten.

Freigelassener griechischer Dampfer.

Auf das Drängen des russischen Vertreters hin gestattete die Behörde einem in Stambul festgehaltenen griechischen Dampfer mit einer nach Rußland hin verkauften Ladung, die russische Flagge zu hissen und in See zu gehen.

Die Kämpfe bei Podgoritza.

Der montenegrinische Kriegsminister General Martinowitsch rückt jetzt gegen die Befestigung Taraboß bei Skutari vor. Unter Beteiligung der Malissoren wiederholten die montenegrinischen Truppen den ganzen Nachmittag den Ansturm gegen die befestigten Höhen vor Tuzi und bezeigten dabei in vollem Maße ihre Tapferkeit. Das Ringen nahm erst spät abends ein Ende. Schipschanik wurde erstürmt. Infolge der großen Ausdehnung der Kampflinie ist es bisher unmöglich, die Verluste zu konstatieren. Gestern wurde 15 Stunden unaufhörlich gekämpft. Man versucht jetzt einen nächtlichen Sturmangriff gegen Rogam.

Die Belgrader Morgenblätter melden, daß bei den Kämpfen um Planinitza die Türken 600 und die Montenegriner 400 Tote gehabt hätten. Die Montenegriner hätten viele Gefangene gemacht: Montenegrinische Batterien bombardierten Nicolat, die Vorstadt von Skutari. Tatsächlich befinden sich die Montenegriner augenblicklich in großer Uebermacht, da die gegen Montenegro bestimmten türkischen Streitkräfte noch mindestens 100 Kilometer vom Kriegstheater entfernt sind.